

Währung wird zu Schicksal

Mein Vater, sechzehn Jahre älter als Abs, also wie dieser zur Zeit der Goldmark geboren, machte diese Erfahrung auf dem bitteren Lebensweg seiner Generation: Eine Jugend im Frieden und mit der Goldmark, in scheinbar ewigem Wirtschaftswachstum, in der „Guten alten Zeit,“ wie man später rückblickend gern sagte, aber dann ein Leben mit Kriegen, Papierwährungen und Inflationen. Als angehender Geograph war er früh in der Welt herumgekommen. Später erzählte er wehmütig, daß man vor dem ersten Weltkrieg mit ein paar Goldmünzen in der Tasche, deutschen, französischen, englischen oder anderen, in Europa weit kam, vielfach sogar ohne Pass, jedenfalls ohne Visa. 1913 war er im Alter von nur 27 Jahren vom großen Penck in Berlin als Geograph habilitiert worden.

Mit dem Krieg von 1914 geriet zunächst die deutsche Goldwährung auf die Rutschbahn, später das ganze Land. Der Stolz des Bürgers war es 1914, Staatsanleihen zu zeichnen und damit den Krieg zu finanzieren. Damit war wegen anschließender Staatspleite das Kapital futsch, obwohl der Goldstandard der Mark offiziell bis Mitte 1931 durchgehalten wurde. Die Generation meines Vaters machte ab Ausbruch des ersten Weltkrieges die Erfahrung, daß die Bürger eines Landes nicht nur durch das Unterworfensein unter eine gemeinsame politische Gewalt gemeinsames Schicksal erleiden, sondern auch durch eine gemeinsame Währung, und mein Vater erlebte immerhin noch die D-Mark. Der Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur demokratischen Republik nach dem ersten Weltkrieg hatte den Verfall der Währung bekanntlich nicht aufhalten können.

„Das bedeutet Krieg in fünf Jahren,“ hatte Vater meiner Schwester Traude geantwortet, als diese ihm an einem Morgen im Februar 1933 zurief: „Vati, der Reichstag brennt.“

Als 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach, ich war 13, war die Reichsmark zur Binnenwährung geworden und herrschten Preisstop und strengste Grenzabschottungen. Für gestoppte Preise konnte man schon vor

Kriegsausbruch längst nicht mehr alles kaufen. „Hitler zerstört unsere Ersparnisse,“ sagte mein Vater. Er selbst gab sein schmales Guthaben an seinen Bruder Kurt, der Möbel produzierte und dieses Geld in Holz anlegte - neun Jahre lang, wie sich weisen sollte, bis nach der Währungsreform. Mein Vater lehrte mich die theoretischen Ausnahmen Sachbesitz und Fremdwährung, nicht ohne hervorzuheben, daß jeder Herrscher über eine Währung, also auch der Herrscher über die Reichsmark, die Machtmittel besitze, seinen Bürgern selbst diese Ausnahmen zu verleiden. Wolfgang Schieren, der Gestalter des modernen Allianz-Konzerns, dem ich erstmalig in den fünfziger Jahren in Köln begegnete, wo der überaus tüchtige Randolph Bartholmé, Leiter der dortigen Allianz-Niederlassung, Schieren engagiert hatte, erzählte mir von einem solchen Fall in seiner Familie: Sein Vater habe zur Sicherung seiner in Deutschland lebenden Familie in Vorahnung des kommenden Krieges in der Schweiz eine Lebensversicherung in Schweizer-Franken abgeschlossen gehabt. Als er während des Krieges starb, habe die Familie den Anspruch auf Auszahlung der Schweizerfranken gegen Zahlung von Reichsmark, damals längst eine reine Papiermark, an die Reichsbank verkaufen müssen.

Im Kontext dieser Zeilen ein Wort zur geschichtlichen Einordnung Hitlers. Ich sehe ihn als einen der größten Verächter der Menschheitsgeschichte, in schicksalhafter Verkettung zur Alleinherrschaft aufgestiegen. Das deutsche Volk sei, falls es seinen, Hitlers, Krieg nicht gewinne, nicht wert zu überleben, würde er später sagen. Leib und Leben seiner „Volksgenossen,“ die der greise Reichspräsident v. Hindenburg ihm am 30. Januar 1933 bona fide anvertraut hatte, indem er ihn in Übereinstimmung mit der damals gültigen Reichsverfassung zum Reichskanzler berief, waren Hitler so egal wie die Ersparnisse dieser „Volksgenossen.“ Man versuche sich den Hohn des Hitler'schen Dienstes am Vormittag des 30. Januar 1933 vorzustellen. Darin ist Hitler Stalin gleichzusetzen, übrigens auch dessen Nachfolgern bis zum heutigen Tag. Allesamt haben sie es nicht vermocht, die Spargroschen der ihnen vertrauenden oder anvertrauten Menschen zu sichern. Hitler wie Stalin haben Geld, das sie ihren Bürgern über Steuern und andere staatliche Abgaben weggenommen hatten, im Übermaß unproduktiv aus-

gegeben: Bürokratie, Rüstung, Krieg. Ausserdem haben sie, wiederum im Übermaß, Geld gedruckt und damit unproduktive staatliche Ausgaben direkt bezahlt. Der progressive Schwund ihrer Währungen war die Folge. Alle führenden Politiker der westlichen Staaten hingegen können für sich in Anspruch nehmen, die Ersparnisse ihrer Bürger mit weniger Schaden durch Krieg und Nachkriegszeit gebracht zu haben, obwohl auch sie in hohem Maße Rüstung betreiben und schließlich Krieg führen mußten, dieses im Interesse der ihnen anvertrauten Menschen und ihrer Ideale, verkörpert in ihren jeweiligen Verfassungen und Kulturen. Die USA hatten nach Endes des zweiten Weltkriegs sogar trotz größter Rüstungsanstrengungen ihre bisher größte Gläubigerposition in der Welt erworben, übrigens nach einer entsprechenden Vorübung im ersten Weltkrieg.

Mit dem Kriegsende am 8. Mai 1945 waren die vier Besatzungsmächte zu Inhabern der Regierungsgewalt in Deutschland geworden. Mit dem Tag, als die drei westlichen Besatzungsmächte im Juni 1948 für ihre Besatzungszonen dekretierten, es sei nur noch die neu eingeführte Deutsche Mark gesetzliches Zahlungsmittel, war das Schicksal der Reichsmark nach nur 25 Jahren Geltung auch juristisch besiegelt. Groß, Klein, Arm, Reich - alle erlitten das gemeinsame Schicksal, daß ihr Geld nicht mehr galt. De facto hatte es schon in den Jahren vorher kaum noch Kaufkraft gehabt. Aber es war immerhin noch gesetzliches Zahlungsmittel gewesen, man hatte seine Miete mit diesem Geld bezahlen können, seine Steuern - und man hatte gegen dieses Papiergeld Lebensmittel auf Marken einkaufen können - nicht viel, mögen manche heute sagen, aber auch nicht wenig, wie jeder damals empfand, der von Lebensmittelmarken überleben musste, und das war die grosse Mehrheit der nunmehr, nach Zuzug von mehr als 15 Millionen Ostflüchtlingen, dichter gedrängt in Westdeutschland Lebenden.

Der Gesetzgeber der zweiten Deutschen Republik war so klug, als eines der ersten gesetzgeberischen Vorhaben nach Konstituierung der Bundesrepublik den „Lastenausgleich“ zu beschliessen. Wer durch Glück oder Geschick am Ende der Reichsmarkzeit Realwerte besaß oder durch die Abwertung von Reichsmark-Schulden reicher geworden war, mußte denjeni-

gen abgeben, die durch Krieg und Nachkriegswirren verloren hatten: Zerbombte Häuser oder Wohnungen, im Osten enteignetes Vermögen, vom Staat eingezogene Sachwerte, in der Währungsreform untergegangene Rechte und anderes. Berichterstatter für dieses grosse gesetzgeberische Werk war der CDU-Bundestagsabgeordnete Kunze, im Zivilberuf kaufmännischer Leiter der Bodelschwingh-Anstalten bei Bielefeld, ein großer Humanist. Sein Sohn Hanns-Jürgen, wie ich Schüler des Kieler Ökonomen Erich Schneider, war mein Kollege bei Thyssen von 1955 bis 1991, vom ersten bis zum letzten Tage. Leider starb er wenige Wochen nach seiner Pensionierung. Der Sohn fühlte sich wie der Vater dem Gebot des christlichen Ausgleichs hiezunieden verpflichtet. Vater und Sohn Kunze haben mit ihrer noblen christlichen Haltung ihren Dienstherrn hohes Ansehen erworben.

Da der Lastenausgleich in D-Mark abgewickelt wurde, der seit 21. Juni 1948 in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands allein geltende Währung, half die große soziale Tat dem Ansehen und der Akzeptanz der jungen Währung in der Bevölkerung. Vergessen wir nicht: In Zürich konnte man anfangs hundert D-Mark für nur zwanzig Schweizerfranken kaufen.

In der Europäischen Gemeinschaft, jenem seit den fünfziger Jahren in Westeuropa aufgebauten Staatenbund, erleben wir die Wiederkehr der Thematik „Währung ist Schicksal“ in anderer Form. Einerseits wird seit der deutschen Wiedervereinigung wieder und wieder der Gedanke in die politische Debatte gebracht, ein gemeinsamer Markt könne auf Dauer nur mit gemeinsamem Geld funktionieren, ein Gedanke, zu dem mir bis heute keine einzige ernstzunehmende wirtschaftswissenschaftliche These bekannt geworden wäre. Andererseits wurde und wird der Gedanke an einen europäischen Bundesstaat, eine Organisationsform also, in der die Gemeinsamkeit des Währungsschicksals sozusagen institutionalisiert wäre, von den Teilnehmern an der Europäischen Gemeinschaft bis heute ganz überwiegend zurückgewiesen, vor allem in den kleineren Mitgliedsstaaten, die, jeder auf seine Weise, innerhalb der EG politisches Übergewicht genießen.

Ich erinnere eine englische Studie aus den späten neunziger Jahren, die befand, daß das politische Gewicht des Großherzogtums Luxemburg in der Europäischen Union mit dem Faktor 34 zu veranschlagen sei, der der Bundesrepublik Deutschland vergleichsweise hingegen nur mit dem Faktor 4 - dieses gerechnet, indem der Einfluß der Niederlande mit 10 angenommen wurde. Zwischen diesen Extremen soll die Kunstwährung „Euro“ florieren, die seit Anfang 1999 in elf Mitgliedsländern der EGⁱ als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel in Kraft ist. Wir werden darüber noch hören.

Während ich dieses niederschreibe, berichtet die FAZ am 13. Mai 2000 von einer Rede des deutschen Außenministers Fischer, in der dieser gewisse Ideen über ein zukünftiges „Kerneuropa“ zum besten gegeben habe. Dabei solle, so Fischer, der Nationalstaat „... auch am Ende der europäischen Geschichte wegen seiner kulturellen und demokratischen Traditionen unersetzlich sein.“ Solche Gedanken wären als Bestandteil konkreter Bonner Politik auch und gerade nach der deutschen Wiedervereinigung unerlässlich gewesen, seit nämlich Herrn Kohl gedämmert haben muß, daß Paris die Abschaffung der D-Mark fordern würde. Wie sagte Mitterrand doch: „Für Kanzler Kohl das ganze Deutschland, für mich die halbe Bundesbank.“ Sollte Fischer diese Gedanken zuende gedacht haben, wovon ich aus Höflichkeitsgründen ausgehe, so müsste er zu der Folgerung gelangt sein: Es müsste, soll die Währung Euro kaufkraftmäßig auch nur einigermaßen stabil gehalten werden, zu horizontalen Finanz-, also Kaufkrafttransfers innerhalb der elf Mitgliedsländer von „Euroland“ oder, wenn nicht, zumindest innerhalb der Länder eines solchen „Kerneuropa“ kommen, Transfers, die weit über den innerdeutschen Länderfinanzausgleich hinausgehen. Gemeinsames Geld ist gemeinsames Schicksal, mit und ohne europäischen Bundesstaat.

ⁱ Eine britische Studie im Jahre 1999 hat den Versuch einer Gewichtung gemacht. Sie setzte den holländischen Einfluss innerhalb der EU, alle Elemente sachlicher, finanzieller und personeller Art umfassend, willkürlich auf den Faktor 10. Gemessen an diesem Faktor lag Luxemburg bei 34, Deutschland bei 4.